Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

04.03.1987 - Drucksache 11/876

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/876
04. 03. 87

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD

Weiterbildung im Lande Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Für die Bürgerschaft (Landtag) leiten sich im Spannungsfeld der sozial- und arbeitsmarktpolitischen Situation des Landes Bremen für die Weiterbildung aus dem Bremischen Weiterbildungsgesetz Schwerpunkte mit folgenden Zielsetzungen ab:

1. Bei der Zielgruppenarbeit der bremischen Weiterbildungspolitik bleibt der Schwerpunkt Weiterbildung für Arbeitslose strukturbildend.

1.1 Die Weiterbildungs-Versorgung insbesondere der folgenden Gruppen wird intensiviert:

- — arbeitslose Frauen
- — arbeitslose Jugendliche
- — langfristig Arbeitslose
- — arbeitslose Hochschulabsolventen
- — ausländische Arbeitslose
- — ältere Arbeitslose

1.2 In diesem Konzept wird die Ausgabe von Weiterbildungsgutscheinen an Arbeitslose uneingeschränkt gesichert.

2. Die berufliche Qualifizierung wird qualitativ und quantitativ insbesondere für arbeitslose Arbeitnehmer weiterhin offensiv ausgebaut.

2.1 Es ist unbedingt sinnvoll, die Landesmittel zur Unterstützung der Qualifizierungsoffensive zu erhöhen,

- — um als notwendige Impulsinvestition zum Gewinn möglicher Drittmittel zu dienen und
- — um drittmittelfinanzierte Qualifizierungsmaßnahmen durch Landesprogramme zu flankieren.

3. Die an den Interessen von Arbeitnehmern orientierte politische Bildung wächst qualitativ und quantitativ in dem Maßstab mit, der für den Ausbau der beruflichen Qualifizierung gilt.

4. Innerhalb der Weiterbildungsaktivitäten muß die kulturelle Bildung in Teilfeldern neu konzipiert und ausgeweitet werden, dazu gehört

4.1 die psychosoziale Stabilisierung und Berufsorientierung von arbeitslosen Arbeitnehmern durch kulturelle Bildung,

4.2 die Integration zwischen kultureller und politischer Bildung,

4.3 die Förderung kreativer Eigentätigkeit insbesondere junger Arbeitnehmer.

5. Der Arbeitsschwerpunkt Weiterbildung muß auch in der nächsten Legislaturperiode unter den angegebenen Umständen seinen besonderen Stellenwert behalten; dem muß der Mittelansatz entsprechen.

6. Die mit der Durchführung des Bremischen Weiterbildungsgesetzes geschaffenen, organisatorisch-institutionellen Infrastrukturen haben sich bewährt. Sie werden in ihrer Leistungsfähigkeit für die Wahrnehmung der unter 1.—4. genannten Schwerpunktaufgaben dadurch gestärkt,

6.1 daß zweckmäßige Kooperationen zwischen anerkannten Einrichtungen ausgebaut werden und

6.2 daß den anerkannten Einrichtungen und den durch sie gebildeten Kooperativen geeignete, sächliche und personelle Kapazitäten auch aus anderen öffentlichen Bereichen verfügbar gemacht werden.

Beckmeyer, Kunick und Fraktion der SPD

Druck: Anker-Druck Bremen